

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Referat 315-Nachhaltigkeit
Postfach 11044 Berlin

Im Vorwege per E-Mail an: Nachhaltigkeitsdialog@bpa.bund.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des öffentlichen Dialogs der Bundesregierung zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nehmen die Themenbeauftragten für Energiepolitik, Wirtschaft und Landwirtschaft der Piratenpartei Deutschland sowie Hanns-Jörg Rohwedder, ehemaliger Sprecher für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz der Piraten-Landtagsfraktion NRW von 2012 bis 2017, wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Ein Dialog der Bundesregierung mit der Öffentlichkeit wird von der Piratenpartei grundsätzlich begrüßt. Beiträge zu komplexen Fragestellungen wie zum Beispiel einer Aktualisierung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bedürfen einer intensiven Prüfung und inhaltlichen Analyse. Ein Zeitraum für die Bekanntmachung eines gewünschten Dialoges und der Einreichung von Beiträgen von nur drei Wochen ist zu kurz bemessen und stellt das Ziel eines substantiellen Beitrags der Öffentlichkeit in Frage. Eine Veröffentlichung der Beiträge - sofern die Beitragseinreichenden damit einverstanden sind - sollte selbstverständlich sein, ebenso wie eine spätere Information der Bundesregierung darüber, welche inhaltlichen Anmerkungen und Beiträge in der Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie Berücksichtigung gefunden haben.

Themen der Bundesregierung und unsere Anmerkungen dazu:

"Deutschlands Beitrag dazu, weltweit Hunger und Mangelernährung zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen"

... und dies nachhaltig zu gestalten", diese Ergänzung muss gestattet sein. Denn unter der Überschrift der Nachhaltigkeit kann nicht allein die Ernährungssicherung betrachtet werden. Diesen Begriff stellt die Bundesregierung in verschiedenen Papieren dem „Recht auf Nahrung weltweit“ so voran, als hinge das Erreichen des Ziels allein von der zu liefernden Menge und Qualität von Nahrungsmitteln ab. [1] Lebensmittel kann die EU in großen Mengen liefern, beispielsweise Milchpulver. Der Export von Milchpulver ist jedoch weder ökonomisch noch ökologisch nachhaltig.

Die ökonomische Sinnlosigkeit offenbart sich schon bei der Betrachtung der Exporterstattungen: Milliarden wurden ausgegeben, allein um den Exporteuren die Differenz zum Weltmarktpreis auszugleichen. [2] Dieses teure und ungerechte Marktinstrument, um Überschüsse los zu werden, soll nun in Schritten wegfallen. [3]

Logisch wäre es folglich, auch die Überproduktion mit geeigneten Mitteln in den Griff zu nehmen. Längst ist bekannt, dass Exporte von Milchpulver in Länder des globalen Südens den Aufbau einer dort heimischen Milchwirtschaft unmöglich machen. [4]

Wir brauchen Rahmenbedingungen in Deutschland, die zum Beispiel Milchbauern in die Lage versetzen, uns regional mit frischen Milchprodukten zu versorgen, statt sie einem durchgereichten Kostendruck eines exportorientierten Molkereiwesens auszusetzen. Kurze Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher, eine verringerte Herdengröße (gleichbedeutend mit geringerem Methanausstoß) angepasst an den Umfang an Grünland, heimische Futterpflanzen (statt Kraftfutterimporte aus Übersee), dies sind die Kapitel-Überschriften, zu denen die Bundesregierung einen Gesetzesrahmen schaffen muss, um wirklich nachhaltige Fortschritte zu erzielen.

"Bessere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Beschaffung"

Bei der öffentlichen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen ist ein Nachweis der Lieferanten für Einhaltung der Menschenrechte und der ILO-Arbeitsnormen eine notwendige Voraussetzung für die Belieferung. Der "Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte" [5] ist für Wirtschaftsunternehmen zu unverbindlich und damit untauglich, eine nachhaltige Verbesserung in der Frage der Einhaltung von Menschenrechten in der Produktion von Gütern und der Bereitstellung von Dienstleistungen zu bewirken. Nach dem "Cradle to Cradle"-Konzept [6] hergestellte Produkte sind grundsätzlich bevorzugt zu beschaffen.

"Stärkung von Bildung für nachhaltige Entwicklung"

Für die Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist ein umfangreiches Wissen über eine nachhaltige Entwicklung unabdingbar. Wir sehen hier bei vielen Verantwortlichen einen großen Nachholbedarf.

Nachhaltiges Wirtschaften erfordert auch in Wirtschaftsunternehmen ein umfangreiches Wissen, das durch ausreichende Schulungen vermittelt werden muss. Das Wissen über nachhaltiges Wirtschaften allein bewirkt noch keine Veränderungen. Nur durch verbindliche gesetzliche Vorgaben kann es auch in nachhaltiges Handeln umgesetzt werden.

Das Ideal eines mündigen Konsumenten als Träger des Nachhaltigkeitsgedankens kann nur verwirklicht werden, wenn profunde Bildung auf eine umfassende Transparenz im wirtschaftlichen Handeln trifft, zum Beispiel durch die Offenlegung von eingehaltenen Nachhaltigkeitskriterien/ESG in den Lieferketten.

"Bodenschutz"

"Böden sind die größten terrestrischen Kohlenstoffspeicher und übernehmen eine wichtige Funktion bei der Freisetzung oder Fixierung klimarelevanter Gase wie Kohlendioxid (CO₂) und Methan (CH₄)." [7] Weiterhin stellt das Umweltbundesamt fest: "In Deutschland werden jeden Tag 66 Hektar Fläche verbraucht. Diese Zersiedelung hat erhebliche negative Folgen für die Umwelt. Die Bundesregierung hat sich deshalb in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro

Tag zu senken." [8] Auch dieses Ziel ist nicht ausreichend. Erklärtes Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalens war es, die Flächeninanspruchnahme bis 2020 zunächst auf fünf Hektar pro Tag zu reduzieren, mit dem langfristigen Ziel zu einem Flächenverbrauch von Netto-Null zu kommen. [9]. Wir fordern den Flächenverbrauch in Deutschland umgehend drastisch zu reduzieren und bis spätestens im Jahr 2030 bundesweit einen Flächenverbrauch von Null Hektar in der Summe zu erreichen.

Außerdem kommt der Humusaufbau in der Klimadebatte oft zu kurz und nur am Rande vor. Zu Unrecht, denn hier geht es nicht nur um die Einsparung von CO₂-Emissionen, sondern es wird auch CO₂ der Atmosphäre entzogen und dieses durch Humusaufbau dauerhaft im Boden gebunden. Daneben gibt es noch weitere positive Effekte für den Wasser- und Nährstoffhaushalt. [10]

Auch Moore sind effektive und langfristige Kohlenstoffsinken. Sie müssen erhalten, geschützt und, wo möglich, renaturiert werden, um ihre Funktion als Kohlenstoffsinken auszubauen. Dies erhöht auch die Biodiversität.

Weitere Anmerkung:

"Alles, was die Bundesregierung zum Erreichen der Klimaschutzziele noch nie wissen wollte und sich deshalb nicht zu fragen traute"

Es war das Ziel aller Bundesregierungen seit dem Jahr 2002, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40% gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. [11] Im Jahr 1990 betragen die Treibhausgasemissionen 1252 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. [12] Eine Reduzierung von 40% bedeutet eine Emission von 751 Millionen Tonnen. Im Jahr 2017 betragen diese Emissionen 905 Millionen Tonnen [13], es müssen demnach noch 153 Millionen Tonnen eingespart werden. Dieses ist immer noch u. a. mit folgenden Maßnahmen und Programmen möglich:

1. Die Änderung der sogenannten Meritorder bei der Stromerzeugung mit fossilen Kraftwerken, so dass für die Stromerzeugung zunächst die Gaskraftwerke mit ihren geringsten CO₂-Emissionen pro erzeugter Megawattstunde, dann die Steinkohle- und erst, wenn diese Erzeugungskapazitäten nicht mehr ausreichen, auch noch Braunkohlekraftwerke eingesetzt werden. Eine solche Einsatzreihenfolge hätte im Jahr 2016 ca. 100 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen eingespart. [14] Die Begrenzung des Ausbaus der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien führt dazu, dass lediglich der Wegfall der Stromerzeugung mit Kernkraftwerken CO₂-mäßig kompensiert wird. Eine Aufhebung dieser gesetzlichen Grenze würde zu einer zusätzlichen CO₂-Einsparung führen, ebenso wie eine Reduzierung des Stromexportüberschusses, der im Jahr zu einem Ausstoß von 29 Millionen Tonnen CO₂ geführt hat. [15]

2. Die Piratenpartei begrüßt ausdrücklich den Vorschlag der Bundesregierung, einen fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr bundesweit einzuführen. [16] Im Jahr 2014 betragen die CO₂-Emissionen des motorisierten Individualverkehrs in Deutschland 100,5 Millionen Tonnen. Im Vergleich zum Jahr 2014 hatte die Verkehrsleistung im Jahr 2016 um 3,3% zugenommen. [17] Damit ist auch aktuell von CO₂-Emissionen in der Größenordnung von 100 Millionen Tonnen auszugehen. Würde ein fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr bundesweit eingeführt, kann eine Einsparung von mindestens 20 Millionen Tonnen erwartet werden. Eine Reduzierung des Güterverkehrs auf der Straße (mit einer Emission von 48,3

Millionen Tonnen Treibhausgasen im Jahr 2016) durch eine Verlagerung des Transportes auf die Schiene (im Jahr 2016 von nur 2,6 Millionen Tonnen) würde zu weiteren CO₂-Einsparungen von mehreren Millionen Tonnen Treibhausgasen führen, da der Bahntransport nur ein Viertel der Treibhausgasemissionen pro Tonnenkilometer verursacht. [18] Mit einer Erhöhung der sogenannten "Schiene-Maut" seit dem Jahr 2010 um 18%, bei gleichzeitiger Senkung der LKW-Maut um 20% [19] hat die Bundesregierung gegen eine solche Verlagerung gearbeitet. Es ist zu befürchten, dass der „Masterplan Schienengüterverkehr“ lediglich ein erneutes wirkungsloses Lippenbekenntnis der Bundesregierung bleibt. Wir fordern eine umgehende Sanierung von Gleisstrecken und einen Ausbau

3. Weitere nicht unerhebliche CO₂-Einsparungen sind durch die verschiedenen Förderprogramme der Bundesregierung zur Steigerung der Energieeffizienz zu erwarten [20]

Zahlreiche weitere Anregungen kann die Bundesregierung der Liste "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016" des Umweltbundesamtes entnehmen. [21]

Die Verfasser dieser Stellungnahme sind mit einer Veröffentlichung des Beitrags einverstanden.

gezeichnet:

Die Themenbeauftragten für Energiepolitik, Wirtschaft und Landwirtschaft der Piratenpartei Deutschland

Hanns-Jörg Rohwedder, ehemaliger Sprecher für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz der Piraten-Landtagsfraktion NRW (2012-2017)

Quellen:

[1]

https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit/Konsultationspapier/2018-06-06-hunger.pdf?__blob=publicationFile&v=1

[2] https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/Tabellen-und-Grafiken.html;nn=3714070.

[3] <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/wto-treffen-nairobi-agrar-exportsubventionen-werden-abgeschafft-13975307.html>

[4] www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-billiges-milchpulver-fuer-die-welt-2015.pdf

- [5] <http://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/NAP-Originalfassung/nap-originalfassung.html;jsessionid=A8E6689B64B66D9E40DF06CBFC1580B7>
- [6] <https://www.epea.com/de/cradle-2-cradle/>
- [7] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/humusstatus-der-boeden#textpart-1>
- [8] Pressemitteilung des Umweltbundesamtes vom 24.03.2017
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/flaechenverbrauch-ziele-verbindlich-festlegen>
- [9] <https://www.umwelt.nrw.de/umwelt/umwelt-und-ressourcenschutz/boden-und-flaechen/flaechenverbrauch/>
- [10] <http://docplayer.org/33577530-Wie-funktioniert-humusaufbau.html>
- [11] <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/aktionsprogramm-klimaschutz/>
- [12] Gesamtausgabe der Energiedaten - Datensammlung des BMWI:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.xls?__blob=publicationFile&v=73 Tabelle 10
- [13] Klimabilanz 2017: Emissionen gehen leicht zurück:
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2017-emissionen-gehen-leicht-zurueck>
- [14] http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/6/63/Analyse_zur_Einsatzreihenfolge_von_fossilien_Kraftwerken.pdf
- [15] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromerzeugung-erneuerbar-konventionell#textpart-3> und <https://www.piratenpartei.de/2018/02/02/klimaziele-2020-locker-erreichen-eine-anleitung/>
- [16] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-02/kostenloser-oepnv-luftverschmutzung-vorschlag-bundesregierung>
- [17] Gesamtausgabe der Energiedaten - Datensammlung des BMWI:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.xls?__blob=publicationFile&v=73 Tabelle 1 und „Kohlendioxid-Emissionen der privaten Haushalte durch Kraftfahrstoffe im Straßenverkehr“ im 2014:
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/mobilitaet-privater-haushalte#textpart-6>
- [18] <https://www.vdv.de/statistik-gueterverkehr.aspx> und <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/gueterverkehr/daten-fakten/> und

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.xls?__blob=publicationFile&v=73 Tabelle 1

[19] <https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2018/06/180615-Lkw-Maut-u.-Trassenpreis.pdf>

[20] <https://www.deutschland-machts-effizient.de/KAENEF/Navigation/DE/Foerderprogramme/Foerderprogramme-Liste/foerderprogramme-liste.html>

[21] Liste "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016" des Umweltbundesamtes: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland-2016>